

UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament

Nummer 5 · 11. April 2005 · www.cdu-csu-ep.de



Konferenz der Fraktionsvorsitzenden tagt in Brüssel

Die Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU im Deutschen Bundestag und den Länderparlamenten sind – auf Einladung des Vorsitzenden der EVP-ED-Fraktion, Hans-Gert Pöttering – in Brüssel mit Vertretern der CDU/CSU-Gruppe im EP und Mitgliedern der EU-Kommission zusammengetroffen. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit Kommissionspräsident Barroso standen die Lissabon-Strategie, die von der Bundesregierung betriebene Aufweichung des Stabilitätspaktes und die Forderung nach Änderungen am Kommissionsvorschlag zur Chemikalienpolitik.

Inhalt

Markus Ferber:
EU-Rumänien
Seite 2

Herbert Reul:
Energiesparen
Seite 3

Renate Sommer:
Binnenschifffahrt
Seite 4

Werner Langen:
Dienstleistungsrichtlinie
Seite 6

MARKUS FERBER:

Falsches Signal

AUSSCHUSSVOTUM FÜR EINEN EU-BEITRITT RUMÄNIENS
2007 IST NICHT VERMITTELBAR

Vom Votum des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments für einen EU-Beitritt Rumäniens im Jahr 2007 geht nach Auffassung des Vorsitzenden der CSU-Europa-gruppe, Markus Ferber, ein falsches Signal aus. Der Ausschuss hatte sich mit einer breiten Mehrheit für einen Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum Jahre 2007 ausgesprochen. Ferber bezeichnete es als ausgesprochen enttäuschend, dass der Auswärtige Ausschuss offenbar kritiklos den Vorgaben von Rat und Kommission insbesondere im Hinblick auf die Beitrittsfähigkeit Rumäniens gefolgt sei.

Dort hatten sowohl Erweiterungskommissar Rehn mit der Aussage „Im Zweifelsfall für den Angeklagten“ als auch die amtierende Ratspräsidentin sich mehr oder weniger offen für einen rumänischen EU-Beitritt zum Jahr 2007 ausgesprochen. „Die vom Ausschuss geforderten Schutzklauseln für den Fall, dass Bulgarien und Rumänien die noch bestehenden Defizite bei den Beitrittskriterien nicht rechtzeitig beseitigen können, reichen nicht aus, um einen Beitrittsautomatismus noch zu



Markus Ferber MdEP

stoppen“, sagte Ferber in Brüssel.

Es könne nicht sein, so Ferber weiter, dass einerseits wie vor allem im Falle Rumäniens gravierende Mängel bei der Justiz, in der Verwaltung, der Korruptionsbekämpfung, der Grenzsicherung oder auch im Umweltschutz festgestellt werden und andererseits nun die Vollmitgliedschaft in Gang gesetzt werden soll: „Ein bisschen beitriffähig geht nicht. Das ist beim Bürger draußen im Lande nicht mehr vermittelbar und fördert nur die allgemeine Europaverdrossenheit“.

Nicht vermittelbar sei auch, warum das Europäische Parlament ausgerechnet bei einem wirklichen Problemfall wie eben Rumänien schon 20 Monate vor dem eigentlichen Beitrittstermin dazu gezwungen werden soll, seine Mitspracherechte einfach aus der Hand zu geben. Der CSU-Europaabgeordnete warb deshalb erneut dafür, die Frage eines rumänischen EU-Beitritts erst nach der Vorlage des nächsten Fortschrittsberichts durch die Kommission im Herbst 2005 im Plenum des Europäischen Parlaments endgültig zur Abstimmung zu stellen.

HERBERT REUL:

Energiesparen – aber richtig

ENERGIE WIRD KNAPP – DIE ENERGIEPREISE SCHNELLEN
IN DIE HÖHE

Die EU hängt bereits zu 50 % von Energieimporten ab. Bis 2030 werden sie sich auf 70 % erhöhen. Politik muss die Frage beantworten, welche neuen Energiequellen es gibt und wie Energie eingespart werden kann.

Die Europäische Kommission hat deshalb zu Recht einen Richtlinienvorschlag zur Energieeffizienz vorgelegt. Der zentrale Gedanke bei diesem Vorschlag ist, dass überall in Europa jährlich 1 % Energie eingespart werden muss.

Die Zielsetzung, Energie einzusparen ist richtig. Die Methode, um dieses Ziel zu erreichen, folgt allerdings dem alten, aber nicht bewährten Muster: Zentrale Vorgaben aus Brüssel ohne Rücksicht auf unterschiedliche Situationen und Erfolge beim Energiesparen in den Mitgliedstaaten.

Auf der anderen Seite werden im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der EU-Politik (Lissabon-Strategie) ständig weniger Bürokratie, weniger staatliche Vorgaben, mehr Wettbewerb und nationale Spielräume gefordert. Das ist widersprüchlich. Die europäische Politik muss sich ent-



Herbert Reul MdEP

scheiden: Wird die bisherige bürokratische Vorschriftenpolitik fortgesetzt oder finden wir neue marktwirtschaftliche Konzepte.

Nach langen Debatten hat sich die zuständige Arbeitsgruppe der EVP-ED-Fraktion darauf verständigt, einen anderen neuen Ansatz vorzuschlagen und zur Abstimmung zu bringen.

Anders als die verbindliche Zielsetzung der Kommission kann man mit dem sog. Benchmark-Ansatz auf die unterschiedlichen Entwicklungsstadien in den Mitgliedstaaten reagieren, Wettbewerb initiieren und verschiedene Entwicklungsstadien auf Teilmärkten berücksichtigen.

Das bedeutet konkret: In sechs Energiemärkten wie Haushaltswaren, Hauswärmetechnik, Industrieöfen, motorische Antriebe, öffentliche Einrichtungen und Verkehrsleistungen werden Indikatoren von der Kommission festgelegt, anhand derer die Energieeinsparung bemessen wird. Ein denkbarer Indikator könnte z.B. der Anteil an verkauften Haushaltsgeräten sein, die einer bestimmten Effizienzklasse angehören.

Dass das Benchmark-Konzept funktioniert, zeigt der Heizölsektor. Grundlage sind Statistiken der Schornsteinfeger, die das Alter der Anlagen und damit den Wirkungsgrad der verschiedenen Anlagengenerationen dokumentieren. Mit Hilfe von Infokampagnen wurde erreicht, dass viele alte Anlagen durch neue ersetzt wurden. 1994 wurde angestrebt, bis 2012 88 % Wirkungsgrad zu erreichen. Im Moment liegt der durchschnittliche Wirkungsgrad der Heizölanlagen bei 82 % – und das wurde ohne bürokratischen Aufwand erreicht.

„Dieser marktwirtschaftlich orientierte Ansatz kann uns dabei helfen, die Bürokratie einzuschränken. Der Kommissionsvorschlag führt dagegen zu einer neuen großen „Einspar-Büro-

kratie“, die nicht in unserem Interesse sein kann. Bei unserem Ansatz können sich Märkte aus sich heraus organisieren und werden nicht durch staatliche Vorgaben eingeengt“, so Herbert Reul, energiepolitischer Experte der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament.

Es ist offen, für welchen Ansatz sich der Industrieausschuss abschließend entscheiden wird. Wichtig ist dabei, ob die deutschen Liberalen Einfluss nehmen können und wollen oder ob sich die Linksliberalen in Europa durchsetzen.

Herbert Reul (CDU Nordrhein-Westfalen) ist Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments.

RENATE SOMMER:

Binnenschifffahrt braucht Unterstützung

RICHTLINIE ÜBER HARMONISIERTE BINNENSCHIFFFAHRTSINFORMATIONSDIENSTE WURDE VOM EUROPÄISCHEN PARLAMENT ANGENOMMEN

Angesichts des durch die EU-Osterweiterung immer weiter steigenden Verkehrs ist insbesondere der Straßengütertransport längst an seine Grenzen gestoßen. Umso wichtiger ist es, mit der Binnenschifffahrt endlich denjenigen Verkehrsträger zu fördern, der als einziger noch über wirklich relevante Kapazitätsreserven verfügt: In der EU gibt es über 30.000 km Kanäle und Flüsse, die

Hunderte wichtiger Städte und industrielle Ballungsräume miteinander verbinden. Das sogenannte Kernnetz verbindet die Benelux-Staaten, Frankreich, Deutschland und Österreich miteinander. Trotz des riesigen Potentials des gesamten Netzes wird heute aber nur noch 7 % des gesamten Inlandverkehrs (bezogen auf den Landverkehr) über unsere Binnenwasserstraßen abgewickelt (1970

waren es immerhin noch 12 %). Die Gründe hierfür sind bekannt: Das Image eines altmodischen Gewerbezweiges, das Fehlen einer vollständigen Integration in die intermodale Versorgungskette, verbesserungswürdige Hafeneffizienz und, wie z.B. in Deutschland, ganz einfach fehlende nationale Unterstützung.

Mit den Stimmen aller großen Fraktionen des Europäischen Parlaments wurde nun in erster und letzter Lesung eine Richtlinie

„über harmonisierte Binnenschiffahrtinformationsdienste auf den Binnenwasserstraßen der Gemeinschaft“ angenommen. Dieses eindeutige Votum zeigt, dass der bislang weitgehend vernachlässigte Verkehrsträger Binnenschiffahrt über Parteigrenzen hinweg zumindest auf europäischer Ebene nun endlich Unterstützung erfährt: Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien sollen künftig das Verkehrs- und Transportmanagement auf den europäischen Binnenwasserstraßen erleichtern und so dazu beitragen, den Gütertransport per Schiff attraktiver zu machen und diesen Sektor besser in die intermodale Transportkette einzubeziehen.

Mögliche Anwendungen für das sog. RIS-Konzept (River Information Services) sind u.a. Fahrwasser- und Verkehrsinformationen, Unterstützung der Unfallbekämpfung (beson-

ders wichtig, weil auch Gefahrguttransporte auf diesen Verkehrsweg verlagert werden sollen) sowie Informationen für das

Transportmanagement, für Statistik, Zolldienste, Wasserstraßenabgaben und Hafengebühren.

Als Berichterstatterin des Europäischen Parlaments konnte ich im Vorfeld der ersten Lesung in einem „informellen Trilog“ mit Vertretern der anderen Fraktionen, des Ministerrates und der Kommission einen Kom-

promiss aushandeln. Für die europäische Binnenschiffahrt ist dies eine gute Nachricht, denn die Richtlinie kann nun unverzüglich in nationales Recht umgesetzt werden. Nach einer Umsetzungsfrist von 24 Monaten könnte der einheitliche Rahmen für das Europäische Flussinformationssystem dann bereits im Jahr 2007 Wirklichkeit werden und damit den adäquaten Rahmen dafür sichern, dass die Entwicklung der Binnenschiffahrt als alternativer Verkehrsträger mit Wachstumspotential und erheblichen Vorteilen im Bereich der Sicherheit und des Umweltschutzes eine politische Priorität wird.

Dr. Renate Sommer (CDU Nordrhein-Westfalen) ist Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr des Europäischen Parlaments.



Renate Sommer MdEP

WERNER LANGEN:

Herkunftslandprinzip ist Kernelement der Dienstleistungsrichtlinie

RICHTLINIE SOLL WETTBEWERBSVERZERRUNGEN BESEITIGEN

Als Irweg hat der CDU-Europaabgeordneter Dr. Werner Langen die Absicht der sozialistischen Berichterstatterin Gebhardt bezeichnet, in den Parlamentsberatungen zur vorliegenden Dienstleistungsrichtlinie das Herkunftslandsprinzip streichen zu wollen. Mit der von der Kommission vorgeschlagenen Definition des Herkunftslandsprinzips und den Ausnahmen sei bereits jetzt gewährleistet, dass bestehende Regelungen auf europäischer Ebene weitgehend nicht angetastet würden. Die Dienstleistungsrichtlinie habe in erster Linie das Ziel, die bestehende Diskriminierung im europäischen Binnenmarkt abzubauen und den Nationalstaaten willkürliche Behinderungen und Wettbewerbsverzerrungen zu erschweren.

Langen unterstrich, dass mit moderaten Änderungen der vorgelegten Richtlinien eine vernünftige Ausgestaltung möglich sei. Dieser Herausforderung werde sich das Parlament stellen müssen. Unzureichend geregelt sei insbesondere die Kontrolle. Hier fordert der CDU-Politiker eine stärkere Einbindung der Mitgliedstaaten, in denen die Dienstleistung erbracht wird. Es könne nicht



Werner Langen MdEP

sein, dass ausschließlich die Behörden des Herkunftslandes für die Ausübung der Kontrolle zuständig seien. Hier müsse eine vernünftige Vernetzung zwischen Herkunfts- und Erbringungsländern stattfinden, die auch durch regelmäßigen Informationsaustausch erleichtert werden könne. Im Übrigen müssten ohnehin im Erbringungsland alle geltenden Sozialstandards, Arbeitsschutzbestimmungen, Hygienebestimmungen und Zulassungsvoraussetzungen in sensiblen Bereichen eingehalten werden.

Langen hält es für sinnvoll, die beiden Sektoren, die ohnehin durch gesonderte Regelungen auf europäischer Ebene oder in den Mitgliedstaaten reglementiert seien, mindestens für eine Übergangszeit vollständig von der Dienstleistungsrichtlinie auszunehmen. Er nannte in diesem Zusammenhang den Bau-sektor, für den die Entsenderichtlinie gelte, und den öffentlichen Gesundheitssektor, in dem spezielle nationale Regelungen greifen würden. In diesen beiden Sektoren sei es in der Tat sinnvoll, zuerst über eine stärkere Harmonisierung zu diskutieren, bevor man das Herkunftslandprinzip generell einführe.

kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

■ Pöttering zum Tod von Papst Johannes Paul II

Mit großer Anteilnahme hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, **Hans-Gert Pöttering** (CDU), auf die Nachricht vom Tod von Papst Johannes Paul II reagiert. „Die Menschen in aller Welt werden Papst Johannes Paul II mit großer Dankbarkeit gedenken, und ihn als eine der größten Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts in Erinnerung behalten,“ sagte Pöttering.

Pöttering erinnerte an die herausragende Rolle von Papst Johannes Paul II bei der Einigung des Kontinents in Frieden und Freiheit, insbesondere durch die Unterstützung der polnischen Arbeiterbewegung Solidarnosc. Ohne die Freiheitsbewegung wären der Zusammenbruch der kommunistischen Gewaltherrschaft und die Einigung Europas in Frieden und Freiheit nicht möglich gewesen. „Ohne Papst Johannes Paul II hätte der Wandel in Europa nicht Wirklichkeit werden können“.

Seine außerordentliche Menschlichkeit, sein Kontakt nicht nur mit den katholischen Gläubigen, sondern mit allen Menschen ungeachtet ihrer religiösen Zugehörigkeit, werden ihn in der Erinnerung und in den Herzen der Menschen bewahren, erklärte Pöttering. Sein Pontifikat habe in einer sich immer schneller wandelnden Zeit Maßstäbe für den Glauben und für Werte gesetzt. Durch den interreligiösen Dialog, der ihm ein großes Anliegen gewesen

sei, habe er Menschen unterschiedlicher Religion Hoffnung und Zuversicht gegeben.

■ EVP-ED-Fraktionsvorsitzendenkonferenz

Zum vierten Mal nach der EU-Osterweiterung hat am 4. April 2005 im Europäischen Parlament die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der EVP-ED-Fraktion stattgefunden. Zu der Konferenz trafen die Fraktionsvorsitzenden der EVP-ED-Mitgliedsparteien in den nationalen Parlamenten in Brüssel zusammen. Aus Deutschland nahmen **Angela Merkel** (CDU) und **Edmund Stoiber** (CSU) an dem Treffen teil. Gemeinsam mit dem Vorstand und den Vorsitzenden der nationalen Delegationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament debattierten sie über die mittelfristige Finanzplanung der EU, den „Lissabon-Prozess“ zur Schaffung von mehr Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen, sowie den Stand der Ratifikation des Verfassungsvertrages in den Mitgliedstaaten.

Geleitet wurde die Debatte vom Vorsitzenden der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, **Hans-Gert Pöttering** (CDU), und **Michel Wolter**, dem Vorsitzenden der PCS im luxemburgischen Parlament.

Die EU-Kommission war durch den Kommissar für Verkehrspolitik, **Jacques Barrot** (Frankreich), und den Kommissar für berufliche Bildung, Kul-

tur und Multilingualismus, **Jan Figel** (Slowakei) vertreten. Ebenfalls anwesend war der luxemburgische Minister für Arbeit und Beschäftigung, **François Biltgen**, der zur Zeit im EU-Ministerrat für Beschäftigung den Vorsitz innehat.

■ **Handel mit Eizellen unterbinden**

Nach Berichten über den Handel mit menschlichen Eizellen haben die beiden Mitglieder der EVP-ED-Fraktion **Anna Záborská** (Slowakei) und **Maria Martens** (Niederlande) einen Entschließungsantrag eingebracht, der die Ausbeutung von Frauen verhindern will. Verschiedene Medien hatten gemeldet, britische Kliniken würden rumänische Frauen für die Entnahme von Eizellen bezahlen. Nach Angaben von Záborská und Martens wurden den Frauen bis zu 1000 britischen Pfund für eine Eizellenentnahme geboten: das Vielfache eines rumänischen Monatsgehaltens.

Die beiden Europaabgeordneten warteten vor der Nutzung von Eizellen, und den möglichen medizinischen Folgen für die betroffenen Frauen. Martens forderte die EU-Kommission zur Klärung der bestehenden Rechtsvorschriften auf. Zudem solle genau festgestellt werden, wer die Käufer seien. Der EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, **Markos Kyprianou**, gab zu, dass die Kommission für diese Frage keine verbindlichen Vorschriften habe.

■ **Europol soll Zentralstelle für gefälschte Euroscheine werden**

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments hat Anfang April beschlossen, dass die europäische Polizeibehörde Europol eine Zentralstelle zur Bekämpfung von Euro-Falschgeld werden soll. Das Gesetzgebungsvorhaben geht auf eine Initiative von Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Großbritannien und Nordirland zurück. Nach Angaben von EVP-ED-Berichterstatte **Agustín Díaz de Mera** (Spanien) soll Europol Informationen sammeln, um wirksamer gegen Geldfälscher vorgehen zu können. Díaz de Mera: „Andere Länder benötigen eine zentrale Anlaufstelle, wenn es um gefälschte Euros geht.“ Europol soll eng mit den zuständigen nationalen Behörden zusammenarbeiten. Auch sollen die nationalen Zentralstellen ihre Zuständigkeit für Fälschungen anderer Währungen behalten. Nach Angaben der Europäischen Zentralbank wurden im Jahr 2003 über 500.000 gefälschte Euro-Geldscheine sichergestellt. Die am meisten gefälschte Banknote ist der 50-Euro-Schein.

*Lasse Böhm, EVP-ED-Pressestelle
lboehm@europarl.eu.int*

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. **Für den Inhalt verantwortlich:** Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. **Redaktion:** Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Eggermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 0 22 26-802-0. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. **Herstellung:** VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.